

**Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2013  
Delta Lloyd Deutschland AG,  
Wiesbaden**

## Die Delta Lloyd Deutschland Gruppe im Überblick

### **Delta Lloyd Deutschland AG**

#### **Versicherungen**

Delta Lloyd Lebensversicherung AG

Hamburger Lebensversicherung AG

Delta Lloyd Pensionskasse AG

#### **Beratung/Dienstleistung**

Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH

Delta Lloyd Real Estate  
Management Company S.à.r.l.

# **Bericht über das Geschäftsjahr 2013**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b><u>Seite</u></b>
Verwaltungsorgane .....	1
Lagebericht.....	2
Bericht des Vorstandes .....	2
Jahresabschluss .....	19
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013 .....	19
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013.....	21
Anhang zum Geschäftsjahr 2013 .....	22
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	22
Erläuterungen zur Jahresbilanz .....	23
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung .....	26
Sonstige Angaben .....	27
Bericht des Aufsichtsrats .....	29

Delta Lloyd Deutschland AG  
65189 Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Park 1

## **Verwaltungsorgane**

### **Aufsichtsrat**

**Paul Kerst Medendorp**  
Vorsitzender  
Mitglied des Executive Board der Delta Lloyd N.V., Amsterdam

**Sven Williamson**  
Stv. Vorsitzender, bis 11.09.2013  
Direktor Planung, Controlling & Aktuariat Delta Lloyd Schadeverzekeringen N.V., Amsterdam

**Peter Paul Boon**  
Direktor Group Tax der Delta Lloyd N.V., Amsterdam

**Theo Berg**  
Mitglied, ab 14.10.2013  
Stv. Vorsitzender, ab 28.11.2013  
Chief Risk Officer der Delta Lloyd N.V., Amsterdam

### **Vorstand**

**Christof W. Göldi**  
Vorsitzender des Vorstandes

Controlling/  
Unternehmensplanung  
Personal  
Direktionssekretariat  
Revision  
Konzernkommunikation  
Informationstechnologie  
Recht und Steuern  
Kundendienst  
Risikomanagement

**Heinz-Jürgen Roppertz**  
Ordentliches Vorstandsmitglied

Aktuariat  
Rechnungswesen  
Grundbesitz  
Kapitalanlagen  
Hypotheken

# Lagebericht der Delta Lloyd AG

Bericht des Vorstandes

## Wirtschaftliche Entwicklung

Nach einer Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie weiterer Konjunkturforscher kann für das Jahr 2013 von einem weltweiten realen BIP-Wachstum von rund 2,9 Prozent ausgegangen werden. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem noch ein Wachstum von 3,2 Prozent erzielt werden konnte, hat die weltweite konjunkturelle Entwicklung leicht an Dynamik und Schwung verloren. Während sich das Wachstum der Schwellenländer auf recht hohem Niveau leicht abgeschwächt hat, wurde die positive konjunkturelle Entwicklung der Weltkonjunktur auch wieder verstärkter durch die Industrieländer gestützt. Hierbei konnte vor allem die USA das Wachstumstempo im Laufe des Jahres trotz der politischen Auseinandersetzungen, die im Oktober in einem Shut out eskalierten, erhöhen. Japan hat durch die sehr expansive Wirtschaftspolitik der japanischen Regierung einen positiven Beitrag zum weltweiten Wirtschaftswachstum beigetragen. China sticht unter den Schwellenländern auch mit seinem Wachstum von voraussichtlich 7,6 Prozent (Vorjahr: 7,7 Prozent) und einem Anteil von circa 15 Prozent am Welt-BIP heraus. Damit wächst China noch immer auf einem unglaublich hohen Niveau stetig weiter, wenn sich auch das Wachstumstempo im Vergleich der letzten fünf Jahre verlangsamt hat. Nach sechs Quartalen der wirtschaftlichen Schrumpfung konnten die Länder der Europäischen Währungsunion als Ganzes im zweiten und dritten Quartal 2013 wieder wachsen. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, zumal nach Portugal auch Spanien wieder ein positives Wachstum ausweisen kann. Zudem hat Irland Ende 2013 angekündigt, den europäischen Rettungsschirm ab 2014 nicht mehr zu benötigen. Trotz dieser positiven Zeichen ist für den Euroraum insgesamt noch mit einem leicht negativen Wachstum von voraussichtlich 0,4 Prozent für 2013 zu rechnen.

Die aktuellen Konjunkturprognosen führender Konjunkturforscher Deutschlands erwarten für die deutsche Volkswirtschaft beim realen Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich ein Wachstum von rund 0,5 Prozent für das Geschäftsjahr 2013. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr 2012 (+ 0,9 Prozent) leicht abgeschwächt. Im Vergleich zum negativen Wachstum des Euroraumes oder anderer europäischer Kernländer wie Frankreich oder Italien erweist sich die deutsche Volkswirtschaft auch für das Jahr 2013 wieder einmal als relativ robust. Positive Impulse für das deutsche Wachstum kamen dabei überwiegend aus der Binnenwirtschaft. Die gestiegenen privaten Konsumausgaben, finanziert unter anderem aus einer vergleichsweise niedrigeren Sparquote sowie einen Anstieg der staatlichen Konsumausgaben, spielten dabei für das deutsche Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle.

Die positive Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2013 hat ganz wesentlich zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beigetragen. Auf der Basis der bislang vorliegenden Zahlen und Daten ist die Zahl der Erwerbstätigen in 2013 kontinuierlich angestiegen. Voraussichtlich wird sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Mio. auf über 41,8 Mio. Erwerbspersonen erhöhen. Auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist erheblich gestiegen. Dieses Beschäftigungswachstum spiegelt sich auch in der Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt wieder, die voraussichtlich unter 2,85 Mio. liegen dürfte. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich damit voraussichtlich von 6,8 Prozent im Vorjahr auf 6,7 Prozent im laufenden Jahr 2013 verbessern. Sowohl die größere Anzahl an Erwerbstätigen als auch der für 2013 festzustellende reale Einkommenszuwachs, auch bedingt durch den nur moderaten Preisanstieg in Deutschland, führten im laufenden Jahr zu einem höheren privaten Konsum und zu Wirtschaftswachstum.

Entscheidungen der internationalen Zentralbanken haben wie auch im Vorjahr ganz wesentlich die Entwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst, wenn nicht sogar bestimmt. Im Vorjahr hat das Signal der Europäischen Zentralbank (EZB), in unbegrenztem Umfang Staatsanleihen der europäischen Krisenländer zu kaufen, um ein Scheitern des Euro zu verhindern, das Vertrauen der Investoren in den Euro-Raum wieder zurückgewonnen. Einige Krisenländer wie Portugal, Spanien oder Irland nutzten die somit durch die EZB zur Verfügung gestellte Zeit, Maßnahmen zur Konsolidierung ihrer jeweiligen Haushalte zu ergreifen und strukturelle Reformen einzuleiten. Die Rückkehr zu Wachstum oder der geplante Austritt Irlands aus dem Rettungsschirm bestätigen diese Länder in ihren Anstrengungen. Die expansive Geldpolitik der japanischen Notenbank, die Information über die Reduzierung des Tapering um 10 Mrd. US-Dollar auf 75 Mrd. US-Dollar pro Monat durch die FED zum Ende des Jahres 2013 sowie die Reduzierung des Leitzinses auf 0,25 Prozent durch die EZB stellten der Weltwirtschaft in einem unglaublichen Maße auch in 2013 Liquidität zur Verfügung. Diese von den Zentralbanken zur Verfügung gestellte Liquidität soll die Geschäftsbanken unterstützen, Probleme in den Bankbilanzen zu reduzieren bzw. zu beseitigen.

Außerdem sollte sie die Geschäftsbanken darin unterstützen, der realen Wirtschaft Darlehen zu geringen Zinsen zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen der EZB führten dazu, dass Erträge in kurzfristigen Zinstiteln kaum mehr wahrgenommen werden konnten oder sogar negativ waren. Investitionen in Staatsanleihen mit einem AAA Rating, wie die deutschen Staatsanleihen, waren als sicherer Hafen für Investoren gesucht. Nach dem Downgrading von Frankreich und Holland in 2013 aus dem AAA-Bereich gibt es neben Deutschland kaum noch weitere Staaten in Europa mit einem AAA-Rating. Dies drückt sich auch in den Renditen 10jähriger Bundesanleihen aus. Zum Jahresende 2012 wurden für 10jährige Bundesanleihen 1,316 Prozent gegeben. Im Laufe des Jahres 2013 zeigten sich die Umlaufrenditen dieser Anleihen als überaus volatil. Mit nur 1,165 Prozent erreichte die Umlaufrendite Anfang Mai 2013 ihren niedrigsten Wert, um dann im weiteren Verlauf des Jahres zu steigen. Im September erreichte die Umlaufrendite 2,045 Prozent und schloss zum Jahresultimo mit 1,929 Prozent. Die Umlaufrendite deutscher 10jähriger Staatsanleihen hat sich in 2013 um mehr als 46 Prozent erhöht. Dies ist allerdings eine Erhöhung auf äußerst niedrigem Niveau. Der Abstand der Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen zu Anleihen einiger europäischer Krisenländer hat sich in 2013 weiter eingeeengt, was auf Maßnahmen der EZB und auch auf die Anstrengungen in Infrastrukturmaßnahmen dieser Länder zurückzuführen ist.

Die enorme Liquidität, die fehlenden Investitionsalternativen bei Anleihen, aber auch die positiven Entwicklung der Gewinne in verschiedenen Branchen und bei vielen Unternehmen haben die positive Entwicklung an den Aktienmärkten bestimmt. Der deutsche Aktienindex DAX 30 schloss mit 9.552 Punkten (Vorjahr: 7.612 Punkte), nachdem im Dezember mit 9.589 Punkten für den DAX 30 das bisherige Allzeithoch erreicht wurde. Nachdem der DAX 30 bereits im Vorjahr um 29 Prozent steigen konnte, verbesserte er sich in 2013 nochmals um rund 25 Prozent- allerdings auf sehr hohem Niveau. Dividendenrenditen, auch auf diesem hohen Niveau, waren 2013 bei vielen DAX 30 Titeln höher als die Rendite deutscher Staatsanleihen. Dieser positiven Entwicklung des deutschen Aktienmarktes folgten aber Aktien, Anleihen und Währungen vieler Schwellenländer nicht. Die Ankündigung der FED in den Ausstieg aus der ultra lockeren Geldpolitik hat zu einem Schock für viele Schwellenländer geführt. Der Einbruch der Märkte der Schwellenländer war eine der negativen Überraschungen im Jahr 2013.

## **Lebensversicherungsmarkt**

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) hat im Rahmen einer vorläufigen Schätzung mitgeteilt, dass die gebuchten Brutto-Beiträge der deutschen Lebensversicherungsunternehmen im Vergleich zum Vorjahr angestiegen sind. Es werden gebuchte Brutto-Beiträge in Höhe von 87,3 Mrd. Euro erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg in Höhe von 0,6 Prozent. Dieser Anstieg ist vor allem der Zunahme bei den Einmalbeiträgen geschuldet. Hierbei war die Nachfrage nach Einmalbeiträgen für Rentenversicherungen sowie für Kapitalisierungsgeschäfte von besonderer Bedeutung. Die gesamten gebuchten Brutto-Beiträge in Höhe von 87,3 Mrd. Euro gliedern sich dabei in lfd. Beiträge von 62 Mrd. Euro sowie Einmalbeiträge von 25,3 Mrd. Euro. Nach einer Normalisierung in 2012 spielten Einmalbeiträge für den Vertrieb somit eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz zum Vorjahr spielten Einmaleffekte wie der Unisex-Schlussverkauf im Vorjahr für die positive Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge allerdings keine Rolle. Der Trend zugunsten von Lebensversicherungsverträgen mit rentenförmigen Auszahlungen konnte sich auch im Jahr 2013 wie in den Vorjahren weiter fortsetzen.

Die Versicherungsbranche musste sich im Jahr 2013 mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass die Leistungsbearbeitung systematisch verschleppt und verzögert würde. Dieser Vorwurf war und ist ungerechtfertigt. Die Landesjustizverwaltungen haben auf eine Umfrage des Bundesjustizministeriums bestätigt, dass es keine grundsätzliche Regulierungspraxis bei der Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen zu Lasten der Kunden und Versicherungsnehmer gibt. Somit wurde von offizieller Seite die Qualität unserer Schadensbearbeitung dokumentiert und bestätigt.

Der Zeitplan für die Umsetzung des größten Reformvorhabens der europäischen Versicherungsaufsicht wurde durch die Einigung bei den Triloggesprächen im 4. Quartal 2013 festgelegt. Demnach sollen die Vorschriften von Solvency II ab dem 1. Januar 2016 angewendet werden. Aber bereits in 2014 und 2015 sollen Reportings und Informationen von der Versicherungsbranche an die BaFin geschickt werden, um dieser die Möglichkeit zu geben, sich ein Bild über den Umsetzungsstand der Solvency II Anstrengungen in den Unternehmen zu machen.

Viele Kapazitäten, auch die der Versicherungsbranche, wurden 2013 in die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das neue SEPA-Format, das ab dem 01. Februar 2014 gesetzlich anzuwenden ist, investiert. Ebenso musste sich die Versicherungsbranche mit dem Thema eBilanz auseinandersetzen, da steuerrelevante Daten zu Abschlüssen des Jahres 2013 ab dem Jahr 2014 elektronisch an die Finanzämter weiterzuleiten sind.

Im 1. Quartal 2013 hat der Bundesrat seine Zustimmung für eine Kürzung der Weitergabe von Bewertungsreserven auch für festverzinsliche Wertpapiere an ausscheidende Versicherungsnehmer verweigert. Lebensversicherer werden daher für ausscheidende Versicherungsnehmer rund 3 Mrd. Euro zusätzlich im Geschäftsjahr 2013 auszahlen müssen.

Die Europäische Zentralbank versucht, mit künstlich sehr niedrigen Zinsen sowie einer reichlichen Liquiditätsversorgung der anhaltenden Banken- und Staatschuldenkrise zu begegnen. Diese Anstrengungen waren dahingehend erfolgreich, als die Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten nachgelassen und die Angst des Auseinanderbrechens des Euroraums gebannt scheint. Im Finanzstabilitätsbericht 2013 der Deutschen Bundesbank wird aber auch auf die Gefahren mit zunehmender Dauer des Niedrigzinsumfeldes verwiesen. Insbesondere die Lebensversicherungen stehen hier dem Bericht zufolge unter besonders großem Druck. Bei dauerhaft niedrigen Zinsen wird es für die Lebensversicherungsunternehmen immer problematischer, den Garantiezins für die Versicherungsnehmer sowie die Aufwendungen für die Zinszusatzreserve zu verdienen. Die Belastungen aus den niedrigen Zinsen zeigen unter anderem auch Auswirkungen auf die rückläufige Entwicklung der Überschussbeteiligung der deutschen Lebensversicherungsunternehmen.

Im 3. Quartal wurde die Heidelberger Lebensversicherung an einen britischen Kapitalinvestor und ein deutsches Rückversicherungsunternehmen verkauft mit dem Ziel, diese Lebensversicherung als Abwicklungsspezialisten für Lebensversicherungsbestände zu nutzen. Somit könnte Run-Off auch für den deutschen Markt ein interessantes Geschäftsmodell sein. Entsprechende Überlegungen hat es nicht nur bei der Heidelberger Leben und deren Investoren gegeben.

### **Entwicklung der Delta Lloyd Deutschland AG**

Im Jahr 2010 hat die Delta Lloyd N.V., Amsterdam, Muttergesellschaft der Delta Lloyd Deutschland AG, entschieden, sich auf ihre Kernmärkte Holland und Belgien zu konzentrieren und sich aus dem deutschen Lebensversicherungsmarkt zurückzuziehen. Seit 2010 wird daher das aktive Run-Off Geschäft für die Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG betrieben. Somit wird kein Neugeschäft mehr aktiv angenommen. Die Lebensversicherungen der Delta Lloyd Deutschland AG gehören somit nicht mehr zu den Kernaktivitäten der holländischen Delta Lloyd N.V., Amsterdam.

Sven Williamson ist aus dem Aufsichtsrat der Delta Lloyd Deutschland AG und der deutschen Delta Lloyd Lebensversicherungen im 3. Quartal 2013 ausgeschieden. In der Delta Lloyd Deutschland AG konnten wir als seinen Nachfolger Theo Berg gewinnen, der Chief Risk Officer der Delta Lloyd N.V., Amsterdam ist. Die Nachfolge in den Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG hat Peter Paul Boon, Leiter der Group-Steuerabteilung der Delta Lloyd N.V., Amsterdam angetreten.

Zur Stärkung der Solvabilität der Hamburger Lebensversicherung AG hat die Delta Lloyd Deutschland AG Teile eines Nachrangdarlehens in Eigenkapital im Laufe des Geschäftsjahres 2013 umgewandelt.

### **Entwicklung des Geschäftsbereichs Lebensversicherung**

Die Delta Lloyd Lebensversicherung AG befindet sich im 4. Jahr ihres aktiven Run-Off Geschäftes. Bis auf das Konsortialgeschäft, das Restschulddgeschäft sowie Dynamikerhöhungen wurde das gesamte Neugeschäft seit Mitte des Jahres 2010 eingestellt. Verträge mit Vertriebspartnern wurden gekündigt. Ebenso wurden in allen Bereichen Mitarbeiter sozialverträglich abgebaut. Der Fokus der Tätigkeiten eines Run-off Unternehmens liegt in einer kosteneffizienten Optimierung von Prozessen und Abläufen.

Die Entwicklung der Delta Lloyd Lebensversicherung AG wurde ganz wesentlich in Bezug auf das Ergebnis durch die künstlich niedrigen Zinsen sowie den damit korrespondierenden ansteigenden Aufwendungen für die Zuführung zur Zinszusatzreserve geprägt. Neuanlagen im Kapitalanlagenbereich mit einer hinreichend hohen Rendite zur Finanzierung der Garantiezusagen gegenüber dem Versicherungsnehmer wurden 2013 mit einem niedrigeren Rating und damit höheren Risiko erkaufte. Anfang 2013 haben wir aus unserem Luxemburger Grundstückspezialfonds die Wohnimmobilien verkauft. Der Markt für Wohnimmobilien hatte in den letzten Jahren einen positiven Anstieg gesehen. Somit war der Zeitpunkt gut, Optimierungen auch in Bezug auf Solvency II zu beginnen. Freiwerdende Mittel wurden überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere reinvestiert.

Das Projekt SEPA wurde Ende des Geschäftsjahres 2013 umgesetzt. Dies war ein gesetzlich vorgeschriebenes Projekt im Zahlungsverkehr, aus dem wir kaum positive Aspekte gewinnen

konnten, da wir kaum Kunden mit Konten im europäischen Ausland haben. Das Projekt eBilanz konnten wir implementieren und mit der Finanzverwaltung erfolgreich testen. Einem Reporting an die Finanzbehörden für die Jahresabschlüsse 2013 stehen wir optimistisch gegenüber.

Durch die Einigung im Rahmen der europäischen Triloggespräche ist Klarheit über den Startzeitpunkt in das Projekt Solvency II gekommen. Der Termin für die Einführung ist mit dem 01. Januar 2016 klar vorgegeben. Wir überarbeiten und optimieren unseren Delta Lloyd Solvency II Projektplan auf der Basis der neuen Festlegungen. Wir haben uns bereits während des Jahres 2013 mit einer Verbesserung der Prozesse bei der Berechnung des Solvenzkapitals unter Anwendung der Standardformel, der Berechnung der Marktwertbilanz sowie vorbereitenden Maßnahmen für das ORSA intensiv auseinandergesetzt.

Während des Jahres 2013 gab es diverse Anfragen und Aufgaben durch die Aufsichtsbehörde BaFin, die wir fristgerecht an die BaFin geschickt haben.

### **Würdigung der Prognosen für 2013**

Für 2013 sind wir von einem Wachstum der Weltkonjunktur von 3,6 Prozent ausgegangen. Tatsächlich werden wohl nur 2,9 Prozent erreicht werden können. Wesentlich zur Schwächung der Wachstumsdynamik der Weltkonjunktur haben die Schwellenländer beigetragen, deren Wachstum sich verlangsamt hat oder auf hohem Niveau leicht zurückgegangen ist. Bei den Erwartungen für Deutschland waren wir ebenso leicht zu optimistisch. Da das deutsche Wachstum stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängt, lagen wir mit 1 Prozent Wachstum zu hoch.

Bei unseren Zinsprognosen lagen wir dagegen fast auf der Ziellinie. Wir sind für 2013 von einer auch weiterhin expansiven Zinspolitik ausgegangen. Für 10jährige Bundesanleihen sind wir von einem Anstieg des Zinses auf 2 Prozent ausgegangen. Die Marke von 2 Prozent wurde im September leicht überschritten und der Zins zum Jahresultimo betrug 1,93 Prozent. Da der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren mehr als 80 Prozent unserer Lebensversicherungsunternehmen ausmacht, sind richtige Prognosen in diesem Bereich von großer Bedeutung. Das Wachstum der Aktien hatten wir nicht in dem Ausmaß erwartet. Wir sind nur von einem Anstieg auf 8.000 Punkte beim DAX ausgegangen. Da unser Aktienbestand weniger als 1 Prozent ausmacht, ist eine nicht punktgenaue Prognose nicht essentiell.

Für 2013 haben wir eine stabile Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge für die Lebensversicherungsbranche erwartet. Wir hatten nicht die dynamische positive Entwicklung bei den Einmalbeiträgen erwartet, durch die die gebuchten Brutto-Beiträge doch relativ angestiegen sind.

Die Fokussierung der Tätigkeiten der Delta Lloyd Deutschland AG und der 3 Lebensversicherungsunternehmen insbesondere auf die Optimierung von Verwaltungsprozessen als Run-Off Unternehmen haben wir im Ausblick ebenso reportiert wie die Herausforderungen für Solvency II.

### **Geschäftsverlauf der Delta Lloyd Deutschland AG**

Das Geschäftsergebnis der Delta Lloyd Deutschland AG ist ganz wesentlich durch die drei Lebensversicherungstöchter geprägt. Die Delta Lloyd Deutschland AG nimmt überwiegend Holdingfunktionen für ihre insgesamt fünf Tochtergesellschaften wahr. Die Finanzanlagen machen nahezu 80 Prozent der Bilanzsumme aus. In geringem Maße erfolgten Wertberichtigungen auf Finanzanlagen des Anlagevermögens. Als Umsatzerlöse weist die Gesellschaft 1.675 Tausend Euro (Vorjahr: 2.019 Tausend Euro) aus, die sich aus Dienstleistungen für die Tochtergesellschaften ergeben.

Der Jahresüberschuss beträgt 12.822 Tausend Euro (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 11.393 Tausend Euro).

Es gab weder wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren noch wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung waren.



## **Geschäftsverlauf der Delta Lloyd Lebensversicherung AG**

Das gesamte Eigenkapital der Delta Lloyd Lebensversicherung beträgt zum Bilanzstichtag 126.783 Tausend Euro. Die Bruttobeitragseinnahmen verringerten sich im Geschäftsjahr um 27.323 Tausend Euro auf 228.181 Tausend Euro (Vorjahr: 255.504 Tausend Euro). Die gebuchten Beiträge sind wegen der Einstellung des Neugeschäfts rückläufig. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 14.479 Tausend Euro. Der Jahresüberschuss beträgt 15.155 Tausend Euro.

## **Geschäftsverlauf der Hamburger Lebensversicherung AG**

Das gesamte Kapital der Hamburger Lebensversicherung AG beträgt 10.026 Tausend Euro. Die gebuchten Bruttobeiträge sind im Geschäftsjahr insgesamt um 1.834 Tausend Euro im Vergleich zum Vorjahr auf 23.308 Tausend Euro zurückgegangen. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 2.020 Tausend Euro. Der Jahresüberschuss beträgt 1.866 Tausend Euro.

Zur Stärkung der Solvabilität der Hamburger Lebensversicherung AG hat die Delta Lloyd Deutschland AG Teile eines Nachrangdarlehens in Eigenkapital im Laufe des Geschäftsjahres 2013 umgewandelt.

## **Geschäftsverlauf der Delta Lloyd Pensionskasse AG**

Die Delta Lloyd Pensionskasse verfügt zum Bilanzstichtag über ein Eigenkapital von 3.479 Tausend Euro. Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen sanken im Berichtsjahr um 5,7 Prozent auf 3.145 Tausend Euro. Der Jahresüberschuss betrug im Geschäftsjahr 57 Tausend Euro.

Für weitere Detailangaben zu den beschriebenen Sachverhalten verweisen wir auf den Anhang.

## **Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung**

### ***Entwicklung des Risikomanagements, Methoden und Ziele***

Das Risikomanagement der Delta Lloyd Deutschland AG wird als die Gesamtheit aller systematischen Maßnahmen zur Bewältigung und Steuerung von Risiken definiert. Dies beinhaltet die möglichst frühe Identifikation sowie regelmäßige Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken, die die Delta Lloyd Deutschland AG sowie andere Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG im Hinblick auf ihre Zielerreichung sowie ihren Bestand als Unternehmen gefährden.

An der Unternehmensstrategie der einzelnen Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG richtet sich die Risikostrategie aus. Das Risikomanagement stellt sicher, dass

- die Konzern- und Unternehmensziele erreicht,
- die soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Umwelt und Gesellschaft wahrgenommen,
- die Investitionen der Aktionäre gesichert,
- die Interessen der Versicherungsnehmer und sonstigen Kunden gewahrt und
- die Erfüllung der Anforderungen der Aufsichtsbehörden und des Gesetzgebers sichergestellt werden.

Die Delta Lloyd Deutschland AG versteht sich als risikobewusstes Unternehmen. Chancen und Risiken werden gegeneinander abgewogen. Hierbei handelt es sich nicht um die Eliminierung sämtlicher Risiken, sondern um das Erkennen von Risiken und das Beherrschen dieser Risiken auf einem akzeptablen Niveau.

Der Prognose- und Betrachtungszeitraum umfasst im Regelfall 12 Monate, also das laufende Geschäftsjahr. Darauf werden die Risikostrategie und Risikotragfähigkeit sowie das Risikoreporting ausgerichtet.

Die für die Gesellschaft geltenden Risikokategorien und -beschreibungen entsprechen den Definitionen gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) unter Berücksichtigung des DRS 20 und gelten konzernweit. Damit wird sichergestellt, dass in jeder Gesellschaft des Konzerns gleiche Risiken gleich beschrieben sind und so ein einheitliches Verständnis über die Risikolage hergestellt werden kann. Alle wesentlichen Risiken aller zur Delta Lloyd Deutschland AG gehörenden Gesellschaften sind in das konsolidierte Berichtswesen zum Risikomanagement einbezogen.

Anhand der Unternehmensstrategie sowie der Kapitalanlagestrategie, wird das Risikoprofil der Gesellschaft erstellt und das zur Verfügung stehende Risikokapital zielgerichtet den definierten

Risikokategorien zugeteilt. Dies bildet die Grundlage für das Risikolimitsystem, aus dem, bei Überschreiten der definierten Limite, Maßnahmen zur Risikosteuerung abgeleitet werden. Unterjährig werden die Einhaltung dieser Limite sowie die Risikotragfähigkeit kontinuierlich überwacht.

Für die operative Steuerung der Einzelrisiken sind Risk Owner verantwortlich. Diese haben die Aufgabe, vierteljährlich die Identifikation und Bewertung ihrer Risiken vorzunehmen sowie die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Die Ergebnisse der Risikobewertung der Einzelgesellschaften sind Grundlage für das ebenfalls vierteljährliche Berichtswesen. Die Bewertung der dabei zu verwendenden Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen erfolgt unter Zugrundelegung von jeweils vier quantifizierten Kategorien, die in ihrer Ausprägung für die Gesellschaften des Konzerns individuell definiert und dokumentiert sind.

Im Rahmen der Risikokommunikation sollen die quartalsweise tagenden Gremien Group Risk Committee (GRC), Financial Risk Committee (FRC) und das Operational Risk Committee (ORC) ein gemeinsames Verständnis im Management der Risikolage vermitteln und die Risikocontrollingprozesse aktiv begleiten. Sie haben verschiedene Zielsetzungen und Aufgaben im Risikomanagementprozess:

Zielsetzung und Verantwortung des GRC ist

- die Sicherstellung der Vollständigkeit der Risikoerfassung auf Konzernebene,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der Gesamtrisikolage,
- die Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken,
- die Begrenzung der Risikosituation durch Initiierung und Kontrolle erforderlicher Maßnahmen und
- das Treffen grundsätzlicher Risikomanagemententscheidungen.

Zielsetzung und Verantwortung des FRC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der finanziellen Risiken, insbesondere durch Identifikation der spezifischen Risiken der Versicherungsunternehmen aus den Kapitalanlagen und Derivaten Finanzinstrumenten (soweit diese eingesetzt werden)
- die Sicherstellung eines risikogerechten Reportings und einer objektiven Beurteilung der finanziellen Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken.

Zielsetzung und Verantwortung des ORC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der operationellen Risiken,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der operationellen Risiken,
- die Prüfung der Vollständigkeit der Risikoerfassung und ggf. Aufnahme aktueller operationeller Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen operationellen Risiken.

Das Risikocontrolling gemäß Rundschreiben 4/2011 (VA) für die Kapitalanlagen erfolgt innerhalb der Abteilung „Kapitalanlagensteuerung“. Darüber hinaus umfasst diese Funktion auch das aufsichtsrechtliche Meldewesen für die Kapitalanlagen.

Um den vollständigen, zeitnahen Austausch von Informationen über die Risiken aus den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen über die unterschiedlichen Organe und Ebenen und die Informationsrechte des Risikocontrollings sicherzustellen, ist die „Arbeitsgruppe Finanzen“ etabliert. Die Arbeitsgruppe tagt wöchentlich und nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Laufender Informationsaustausch über aktuelle Themen, die Planung und Ergebnisse der Kapitalanlagen,
- Diskussion der Anlagestrategie in Verbindung mit neu erkannten Risiken,
- laufender Informationsaustausch über Risikoanalysen und ggf. Festlegung von Maßnahmen und
- Koordination wesentlicher Maßnahmen.

Die Kontrolle des Risikomanagements der Delta Lloyd Deutschland AG erfolgt durch den Aufsichtsrat, den Vorstand sowie die Interne Revision.

Darüber hinaus führt der externe Wirtschaftsprüfer jährlich eine Prüfung des Risikofrüherkennungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB i.V.m. § 91 Abs. 2 AktG sowie IDW PS 340 durch.

#### *Ausblick*

Die Weiterentwicklung und Optimierung der zentralen Elemente des Risikomanagements ist ein kontinuierlicher Prozess, um den steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu begegnen.

Die Mindestanforderungen aus dem Rundschreiben 3/2009 (VA) sind bereits implementiert.

Im Hinblick auf die von EIOPA (Europäische Aufsicht für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge) veröffentlichten aufsichtsrechtlichen Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II werden Elemente des Risikomanagements 2014 weiterentwickelt, mit dem Ziel der termingerechten Konformität mit den Solvency II-Anforderungen ab 2016.

Aufgrund der engen Einbindung der Gesellschaft in die Solvency II Prozesse des niederländischen Mutterkonzerns, DL N.V., Amsterdam wurde bereits im Berichtsjahr mit der Umsetzung einiger in den Leitlinien genannter Maßnahmen – vornehmlich der Säule II – begonnen.

Insbesondere wird 2014 die Umsetzung der Aspekte des Forward Looking Assessment of Own Risks (FLAOR) – früher Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) – der umfanglicheren Anforderungen an das Governance System und die unternehmensinternen Richtlinien weiter fokussiert. Im Rahmen der Anpassung der internen Unternehmensrichtlinien an die Solvency II Anforderungen wird eine umfassende Überarbeitung der operationellen Risiken vorgenommen.

Im Sinne einer vorausschauenden Unternehmensführung wurden bereits in der Berichtsperiode die Auswirkungen der entsprechenden Solvency II Vorgaben zum Eigenmittelbedarf sowie zur Eigenmittelausstattung untersucht, um auf dieser Grundlage fundierte Informationen zu erhalten, die bei der Ausrichtung des Unternehmens einbezogen werden können.

Dies wird 2014 fortgesetzt, ausgeweitet und etabliert werden, um die Auswirkungen des zukünftigen Aufsichtsregimes bereits frühzeitig zu berücksichtigen.

### **Wesentliche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems**

#### *Organisation des IKS*

Die Ausgestaltung des IKS der Delta Lloyd Deutschland AG ist auf Grundlage der Mindestanforderungen an das Risikomanagement gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) umgesetzt.

Der Vorstand der Delta Lloyd Deutschland AG ist grundsätzlich für die Einrichtung, Weiterentwicklung, Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen und die Funktionsfähigkeit adäquater rechnungslegungsbezogener interner Kontrollen und des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems verantwortlich.

Das IKS setzt sich aus drei Verteidigungslinien zusammen.

In der *ersten Verteidigungslinie* ist das Interne Kontrollsystem der Delta Lloyd Deutschland AG als integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems dezentral organisiert. Es obliegt der Leitung des jeweiligen Fachbereichs in ihrem Verantwortungsbereich strukturierte Prozessabläufe inklusive geeigneter Kontrollen zur adäquaten Risikominderung zu schaffen und an geänderte Abläufe und Rahmenbedingungen anzupassen. Die Dokumentation muss für einen sachverständigen Dritten nachvollziehbar und für alle Mitarbeiter verfügbar sein.

In der *zweiten Verteidigungslinie* ist der Compliance-Officer, der verantwortliche Aktuar sowie das Zentrale Risikomanagement etabliert.

Während der *Compliance Officer* insbesondere sicherstellt, dass alle gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie regulatorischen Anforderungen eingehalten werden und entsprechende Prozesse eingerichtet sind, überwacht der *verantwortliche Aktuar* die korrekte Berechnung auf der Passivseite. Das *Zentrale Risikomanagement* und damit die Wahrnehmung der unabhängigen Risikocontrollingfunktion erfolgt durch den Zentralen Risikomanager in der Abteilung „Zentrales Risikomanagement“ des Tochterunternehmens, Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Das Zentrale Risikomanagement übernimmt die Gesamtkoordination sämtlicher Aktivitäten zum Risikomanagement, die Zusammenführung aller finanziellen und operationellen Risiken zu einem Risikoprofil und die Berichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat sowie an die Aufsichtsbehörde und den Mutterkonzern.

Das Risikomanagement ist dezentral organisiert, d.h. für das Risikomanagement der jeweiligen Gesellschaft sind die Geschäftsführer bzw. die Vorstände verantwortlich.

Die Konzernrevision führt als *dritte Verteidigungslinie* eine unabhängige Prüfung des IKS in der ersten und zweiten Verteidigungslinie durch.

#### *Rechnungslegungsprozess*

Die Rechnungslegung und die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Erstellung des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Vorstands.

Die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems zum Rechnungslegungsprozess orientiert sich an den Vorgaben des Sarbanes-Oxley-Acts (Sektion 404) sowie dem Framework für interne Kontrollen, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO-Framework) verabschiedet wurde. Für die involvierten IT-Prozesse besteht darüber hinaus ein spezielles Rahmenwerk, das sich an den COBIT (Control Objectives for Information and Related Technology), dem international anerkannten Framework zur IT Governance, orientiert.

Zur Sicherstellung eines vollständigen, korrekten und fristgerechten Jahresabschlusses, bestehen Arbeitsrichtlinien in denen Prozesse inklusive Schnittstellen und Kontrollen definiert sind, sowie Terminpläne, in denen die Zuständigkeiten festgelegt sind.

Durch regelmäßige Teilnahme an Informationsveranstaltungen sowie durch sorgfältige Beachtung einschlägiger Veröffentlichungen von Verbänden und Aufsichtsbehörden, werden veränderte Anforderungen an die Rechnungslegung nach HGB und IFRS frühzeitig identifiziert und verfolgt. Bei Bedarf werden geeignete Maßnahmen in allen betroffenen Bereichen, teils in Form von Projekten, eingeleitet und umgesetzt.

Neben der Konzernrevision für die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG und Group Audit des holländischen Mutterkonzerns, Delta Lloyd N.V., Amsterdam, die regelmäßig die Funktionsfähigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des IKS zur Rechnungslegung prüfen, beurteilt auch der externe Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die Wirksamkeit des IKS auf Basis des § 317 HGB sowie unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung.

#### **Risiken**

Die Delta Lloyd Deutschland AG unterteilt die Risiken in zwei Kategorien. Einerseits werden finanzielle Risiken und andererseits operationelle Risiken betrachtet.

#### **Finanzielle Risiken**

Für die Delta Lloyd Deutschland AG als Holdinggesellschaft einer Unternehmensgruppe mit dem Schwerpunkt im Lebensversicherungsgeschäft, werden die finanziellen Risiken insbesondere durch das Versicherungsgeschäft der Versicherungstöchter beeinflusst.

#### *Versicherungstechnische Risiken*

Das versicherungstechnische Risiko (Reserverisiko) ist das mit der Tätigkeit eines Versicherungsunternehmens untrennbar verbundene Grundrisiko. Es handelt sich also um das Risiko, dass die vom Unternehmen für das Versicherungsgeschäft gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen, um die Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen zu erfüllen. Es umfasst biometrische Risiken, d.h. Risiken durch sich ändernde Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeit, Lebenserwartung, Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Pflege), das Garantiezinsrisiko (dauerhafte Erfüllbarkeit der garantierten Mindestverzinsung der Verträge) sowie das Stornorisiko.

#### *Biometrische Risiken*

Die Tarifikalkulation erfolgte so, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verträge der Versicherungsnehmer jederzeit gesichert ist. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Tarife, zum Beispiel Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, unterliegen jährlichen Schwankungen und können sich über die Zeit ändern. Zu diesem Zweck erfolgen aktuarielle Analysen, einerseits unternehmensintern, andererseits aber vornehmlich durch Experten in entsprechenden Arbeitsgruppen der Deutschen Akutarvereinigung (DAV). Im Hinblick auf biometrische Risiken wurden bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen vorsichtig bemessene Rechnungsgrundlagen verwendet, die von der Delta Lloyd Lebensversicherung auf Basis der vorgenannten Analysen als angemessen angesehen werden.

#### *Garantiezinsrisiko*

Sowohl stark fallende als auch stark steigende Zinsen stellen ein Risiko für die Lebensversicherer dar. In dem derzeitigen Umfeld niedriger Kapitalmarktzinsen muss sie die Mindestverzinsung, die sie garantiert, in der zugesagten Höhe erwirtschaften. Mit Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung im März 2011 ist die Bildung einer zusätzlichen Deckungsrückstellung (Zinszusatzreserve) bei rückläufigen Marktzinsen erforderlich. Diese Erhöhung der Deckungsrückstellung dient der Stärkung der Sicherheitsmargen im derzeitigen Niedrigzinsumfeld. Darüber hinaus ist es das Ziel der

Lebensversicherungsunternehmen mit einer entsprechenden Kapitalanlagestrategie diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Angemessenheit der Kapitalanlagestrategie wird durch regelmäßige ALM-Analysen überprüft und bei Bedarf angepasst.

#### *Stornorisiko*

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt - mit Ausnahme der biometrisch nachreservierten Rentenversicherungen - ohne den Ansatz von Stornowahrscheinlichkeiten. Die Angemessenheit der bei den biometrisch nachreservierten Rentenversicherungen verwendeten Stornowahrscheinlichkeiten wird regelmäßig überprüft

Innerhalb des Reserverisikos stellt das Garantiezinsrisiko im derzeitigen Kapitalmarktumfeld das wesentliche Risiko dar. Bei einem Rückgang des für die Ermittlung der Zinszusatzreserve relevanten einjährigen Referenzzinses, der in die 10-Jahres-Durchschnittsbildung Mittelung eingeht, um 25 Basispunkte gegenüber der in der Planung getroffenen Annahme erhöht sich der Aufwand für die Zinszusatzreserve der Lebensversicherer der Delta Lloyd Deutschland AG um rund 7,3 Mio. €.

#### *Risiken aus dem Ausfall von Forderungen*

Die Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern bestehen in Höhe von 2,89 Mio. Euro. Aufgrund eines speziellen Vertrags zur Risikoabdeckung besteht die Möglichkeit, dass die Delta Lloyd Deutschland AG einen Teil der Kosten aus dem Ausfall von Forderungen tragen muss.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 11,5 Mio. Euro, davon 0,89 Mio. Euro älter als 90 Tage.

Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre betrug 0,66 Prozent.

Forderungsausfälle gegenüber Rückversicherern sind aufgrund der bestehenden Erfahrungen nicht zu erwarten. Die Lebensversicherungsunternehmen arbeiten mit den weltgrößten und bonitätsstärksten Partnern in diesem Bereich zusammen. Sie verfügen über folgende Ratings von Standard & Poor`s:

- |                          |     |
|--------------------------|-----|
| • Münchener Rück         | AA- |
| • Scor Vie (SA)          | A+  |
| • General Reinsurance AG | AA+ |
| • Württembergische LV AG | A-  |

Am Bilanzstichtag bestehen keine Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern.

#### *Risiken aus Kapitalanlagen*

Das Kapitalanlagerisiko ist eines der größten Risiken eines Lebensversicherers, da die garantierten Leistungen erwirtschaftet werden müssen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Aufsicht an Rentabilität, Sicherheit und Liquidität der Kapitalanlagen erfüllt werden.

Die Kapitalmärkte 2013 standen im Zeichen der Zentralbank-Politik.

Das Kapitalmarktgeschehen 2013 wurde durch die Diskussionen um die Politik der europäischen und amerikanischen Zentralbanken bestimmt. Die Frage ob EZB und FED ihre Politik der extrem niedrigen Zinsen und der Bondankäufe ändern würde und wenn ja wann, stand im Vordergrund.

In den ersten Monaten des Jahres 2013 gaben die Renditen - speziell bei den lang laufenden Bonds - tendenziell eher nach. In der Eurozone waren verstärkt die Bundesanleihen als safe haven gefragt, was auf anhaltende Sorgen um ein erneutes Anfachen der Staatsschuldenkrise zurückzuführen war. Hinzu kam die verstärkte Suche der Anleger nach Rendite. Lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen Ende des Jahres 2012 noch bei knapp 1,36 Prozent sackte diese bis Ende April bis auf unter 1,20 Prozent ab.

Im Mai kam es dann erstmals zur Kurswende. Bei der US-Zentralbank deutete sich im Urteil vieler Marktakteure ein Schwenk in der Geldpolitik an, der fortan für Diskussionen an den Märkten sorgte. Vermutungen, die FED könnte womöglich früher als gedacht die markt- und konjunkturstützenden Käufe von Staatsanleihen und hypothekenbesicherten Bonds (Mortgage Backed Securities) kürzen. Die Fed nahm Monat für Monat Wertpapiere im Umfang von 85 Mrd. Dollar aus dem Markt. 45 Mrd. Dollar entfielen dabei auf die US-Staatsanleihen (Treasuries) und 40 Mrd. Dollar auf die Agency-MBS. Wenn die FED diese Stützungskäufe reduzierte und das womöglich auch noch sprunghaft, bricht den Märkten ein steter Zustrom von Liquidität weg. Das könnte dann wiederum zu stark steigenden Renditen am Markt führen - so die Befürchtung vieler Marktteilnehmer. In der Folgezeit kam es dann bei den US-Staatsanleihen zu Renditesteigerungen. Im Schlepptau des US-Marktes

zogen auch die Renditen der Bundesanleihen an. Bis auf knapp über 2 Prozent kletterte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe bis Anfang September. In der Folgezeit wurde immer wieder darüber diskutiert, ab wann es zum Beginn des Tapering kommen könnte. Fielen US-Konjunkturdaten und Arbeitslosenzahlen robuster als erwartet aus, wurde die Diskussion über das Tapering wieder lauter geführt. Zeigten Daten eine schwächere Verfassung der US-Wirtschaft an, wurde die Debatte wieder leiser. Per saldo kamen die Renditen bei den Staatstiteln in den USA und bei den Bundesanleihen ab September wieder zurück. Die Jahrestiefs wurden jedoch nicht wieder gesehen.

Im Dezember 2013 verkündete dann die FED bei der letzten Sitzung des Jahres 2013 überraschend den Beginn des Tapering ab Januar 2014. Gekürzt wird um 10 Mrd. Dollar.

Zum Jahresende 2013 lag die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe bei 1,94 Prozent und damit fast 60 Basispunkte über dem Stand vom Jahresanfang. Dies spricht nicht für eine Ausverkaufsstimmung bzw. größere Marktverwerfungen.

Parallel zu dieser Entwicklung sorgten die verbesserten ökonomischen Daten aus Irland und das Ausbleiben weiterer Hiobsbotschaften aus den südeuropäischen Staaten für weitere Entspannung an den europäischen Zinsmärkten. Teilweise hoffen die Investoren auf eine baldige wirtschaftliche Erholung des Südens. So sank z.B. die Rendite zehnjähriger spanischer Staatsanleihen von ca. 5,00 Prozent vom Anfang des Jahres, nach einem kurzen Anstieg im Februar, zum Ende des Jahres sogar bis auf 4,16 Prozent.

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden bei der Festlegung der Kapitalanlagestrategie berücksichtigt. Eine besondere Konzentration von Risiken nach Wertpapier- bzw. Branchensegmenten besteht wie bei deutschen Lebensversicherern üblich auf deutsche Banken. Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos werden neben den aufsichtsrechtlichen Limiten jene Emittenten besonders überwacht, die eine Konzentration von mindestens 5 Prozent aufweisen. Des Weiteren wird die Bonität der Emittenten regelmäßig kontrolliert.

Um eine optimale Entscheidungsfindung zu gewährleisten, gibt es eine spezielle Vorstandssitzung Finanzen, die über die strategische Asset-Allokation sowie über Investitionen mit besonderem Charakter, zum Beispiel Absicherungsmaßnahmen, entscheidet.

Der Wert von Kapitalanlagen ist stets den Schwankungen der Finanzmärkte unterworfen. Im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests wird die Werthaltigkeit des Bestandes überprüft. Die verwendeten Szenarien sind die in der Branche üblichen Stresstests.

Zu den Risiken aus Kapitalanlagen gehören Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken.

#### *Marktpreisrisiko*

Das Marktpreisrisiko umfasst das Zinsänderungsrisiko, Kursrisiken aus Aktien- und sonstigen Eigenkapitalpositionen sowie aus Immobilien, das Konzentrationsrisiko sowie das Währungsrisiko. Darüber hinaus wurde seit diesem Jahr das Wiederanlagerisiko gesondert betrachtet.

Unter dem *Zinsänderungsrisiko* versteht man die Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung des Marktzinses und einen damit verbundenen Kursverlust bei steigendem Marktzinsniveau. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Assetmanagement der holländischen Muttergesellschaft werden bei Bedarf Zinsänderungsrisiken mittels Zins-Hedge abgesichert. Derzeit sind die Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG überwiegend in Namenspapiere und Schuldscheindarlehen, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen, investiert, so dass die Auswirkung von Kursschwankungen begrenzt ist.

Das *Kursrisiko* bezeichnet das Risiko aus der negativen Preis- bzw. Wertentwicklung von Aktien und anderen Eigenkapitalpositionen sowie Immobilien. Im Rahmen der gruppenweiten Reduzierung der Aktienquote hat das Aktienkursrisiko keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der einzelnen Gesellschaften. Die Immobilienbestände der Delta Lloyd Lebensversicherung AG, der Hamburger Lebensversicherung AG und der Delta Lloyd Pensionskasse AG belaufen sich auf 13,9 bzw. 12,2 Prozent und 9,2 Prozent der gesamten Kapitalanlagen und werden regelmäßig überwacht.

Die Auswirkungen des Kursrisikos hinsichtlich eines Kursverlustes auf den Zeitwert von Aktien sowie des Zinsänderungsrisikos hinsichtlich einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder unten auf den Zeitwert von festverzinslichen

Wertpapieren und Ausleihungen werden regelmäßig überprüft. Darüber hinaus wurden die vorgeschriebenen Stresstests der Aufsicht durchgeführt und bestanden.

Das *Konzentrationsrisiko* bezeichnet das Risiko, das sich durch das Eingehen einzelner Risiken oder stark korrelierender Risiken ergibt, so dass ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallrisiko besteht. Aufgrund kontinuierlicher Überprüfung der Einhaltung von Grenzen, die sich aus der Anlagenverordnung sowie aus der Kapitalanlagestrategie und den daraus hervorgehenden Vorgaben zur Mischung und Streuung ergeben, sind keine wesentlichen Konzentrationsrisiken für die Gesellschaft erkennbar.

Das *Währungsrisiko*, das aus der Unsicherheit über die künftige Entwicklung von Wechselkursen hervorgeht, ist als vernachlässigbar einzustufen, da die Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG keine nennenswerten Fremdwährungspositionen einget.

Unter dem *Wiederanlagerisiko* wird die Differenz zwischen dem in der Mehrjahresplanung verwendeten Planzins sowie dem tatsächlichen Marktzins gefasst. Aufgrund des erhöhten Wiederanlagebedarfs in Verbindung mit der aktuellen Niedrigzinsphase wird das Wiederanlagerisiko seit diesem Jahr erstmals unter den Marktpreisrisiken erfasst, um auf detaillierter Informationsbasis zielgerichtete Kapitalanlageentscheidungen herbeizuführen

#### *Bonitätsrisiko*

Unter dem Bonitätsrisiko versteht man die Zahlungsunfähigkeit oder Illiquidität des Schuldners, das heißt die Unmöglichkeit zur termingerechten Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen. Außerdem wird die Auswirkung auf den Credit-Spread berücksichtigt. Soweit möglich wird die Einstufung der Bonität mittels externer Rating-Agenturen (z.B. Standard & Poor`s) vorgenommen. Die Portfolien der Lebensversicherungsunternehmen umfassen hauptsächlich Namenspapiere und Schuldscheindarlehn. Neben einem wesentlichen Anteil an Hypotheken, Inhaberpapieren und Immobilien beinhaltet das Gesamtportfolio darüber hinaus Investmentfonds, Beteiligungen und Tagesgelder.

Da aufgrund regulatorischer Vorgaben lediglich Wertpapiere zwischen AAA und BBB- dem Sicherungsvermögen der Lebensversicherungen hinzugerechnet werden, kann, mit Blick auf den erhöhten Anteil an Wertpapieren im Lower Medium Grade (BBB+ bis BBB-), die weitere Herabstufung den Verkauf und die Wiederanlage in andere Wertpapiere erfordern.

Hierbei kann es, unter Annahme sinkender Kurse in Folge der Herabstufung, zur Realisierung stiller Lasten kommen. In diesem Fall besteht für die freigewordenen liquiden Mittel das Wiederanlagerisiko.

Auf Konzernebene wurde der Bestand an Staatsanleihen der GIIPS-Staaten durch Investitionen in Irland und Italien ausgeweitet. Hintergrund für diese Entscheidung ist die positive wirtschaftliche Entwicklung Irlands, was Ende des Jahres aus dem europäischen Rettungsschirm aussteigen konnte, sowie unsere verringerte Risikoeinschätzung bezüglich Italiens, die durch die Entwicklung des Marktzinses bestätigt wurde.

#### *Liquiditätsrisiko*

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr einer nicht termingerechten Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen. Mögliche Liquidierungen von Kapitalanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit können mit Verlusten verbunden sein. Im Rahmen einer entsprechenden kurzfristigen Liquiditätsplanung, d.h. der Gegenüberstellung der eingehenden und ausgehenden Zahlungsströme auf Monatsbasis, wird dieses Risiko überwacht. Darüber hinaus ist eine längerfristige Gegenüberstellung der Versicherungsleistungen und der Kapitalanlagen implementiert. Ziel ist die Sicherstellung der Bedeckung der Passivseite durch die Aktivseite der kommenden Jahre.

#### *Risiken aus dem Einsatz derivativer Finanzinstrumente*

Unter derivativen Finanzinstrumenten sind abgeleitete Finanztitel (Derivate) zu fassen, die sich auf andere, originäre Finanzinstrumente beziehen. In der Berichtsperiode verfügte die Gesellschaft der Delta Lloyd Deutschland AG diesbezüglich über keine Positionen.

### **Operationelle Risiken**

Unter operationellen Risiken versteht die Delta Lloyd Deutschland AG die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten.

Alle identifizierbaren operationellen Risiken der Delta Lloyd Deutschland AG werden standardisiert erfasst und quartalsweise hinsichtlich ihrer Entwicklung von den Risk Ownern aktualisiert.

Notwendige Maßnahmen zur Reduzierung werden dokumentiert und überwacht. Eine Überprüfung erfolgt durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion und das ORC, welche ggf. weitere Maßnahmen vorschlagen.

Zum Aufbau einer Datenhistorie für Schäden aus operationellen Risiken erfolgt eine standardisierte Erfassung aller eingetretenen Schäden ab 500,- Euro an das Zentrale Risikomanagement. Dort werden die Daten in einer Schadendatenbank zusammengeführt.

#### *Prozessrisiken*

Im Managementfokus stehen die Dokumentation und Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation und die Anreizsysteme vor dem Hintergrund der MaRisk sowie die Weiterentwicklung der Controlling- und Informationssysteme. Die Bestandsverwaltung der Gesellschaft erfolgt auf einem eigenen System. Sicherungssysteme wie das Vier-Augen-Prinzip oder maschinelle Plausibilitätsprüfungen innerhalb der Bestandsführung reduzieren mögliche Fehler in den Arbeitsabläufen. Darüber hinaus wurden Vorgaben zur Dokumentation aller Hauptprozesse der Gesellschaft erstellt, um Prozesse und Kontrollen einheitlich und transparent zu dokumentieren.

#### *Personelle Risiken*

Zu den personellen Risiken der Delta Lloyd Deutschland AG gehören die qualitative und quantitative Personalausstattung sowie die Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen.

Dem aufgrund des Run-off-Geschäftsmodells der Gesellschaft steigendem Risiko, vermehrt qualifiziertes Personal zu verlieren und möglicherweise keinen geeigneten Ersatz am Markt rekrutieren zu können, wird über die Planung und Durchführung geeigneter Weiterbildungsmaßnahmen begegnet. Hierdurch wird sichergestellt, dass Mitarbeiter kontinuierlich und bedarfsgerecht an die aktuellen Herausforderungen herangeführt werden. So können auch arbeitsmarktbedingte Engpässe bei der Besetzung von Stellen mit Spezialisten ausgeglichen werden.

Um unerwünschten Kündigungen von Key-Playern vorzubeugen, werden individuelle Bindungsmaßnahmen gestaltet und angeboten, um entsprechende Anreize und Perspektiven für den Mitarbeiter innerhalb des Unternehmens zu schaffen.

Zur Bekämpfung von wirtschaftskriminellen Handlungen besteht seit 2007 für den Konzern der Delta Lloyd Deutschland AG eine Richtlinie zur Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen. Die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG sind danach verpflichtet, das Auftreten von wirtschaftskriminellen Handlungen jedweder Art zu vermeiden und insbesondere alle Maßnahmen zu veranlassen, um diese aufzudecken, zu untersuchen und zu dokumentieren. Verfehlungen in diesem Zusammenhang sollen konsequent geahndet werden. Das Anti-Fraudmanagement ist für die Anforderungen an die notwendigen Prozesse und Methoden zur Bekämpfung doloser Handlungen verantwortlich.

#### *System- und Technologierisiken*

Die Delta Lloyd Deutschland AG misst insbesondere der IT-Sicherheit eine große Bedeutung bei. Die Umsetzung der Anforderungen an den Datenschutz wird durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten sichergestellt. Seit 2007 ist ein IT-Sicherheitsbeauftragter berufen, um Anforderungen an die IT-Sicherheit zu definieren und deren Umsetzung zu überwachen.

Um IT-Risiken, wie beispielsweise der Teil- oder Totalausfall von Systemen oder gravierende Datenverluste zu vermeiden, werden unter anderem Firewalls und Virenschutzprogramme eingesetzt und stets aktualisiert. Des Weiteren finden Datenauslagerung und räumliche Trennung kritischer Komponenten und Backups statt. Die Funktionsfähigkeit der Verfahren wird regelmäßig getestet.

#### *Externe Risiken*

Bei den externen Risiken stehen bei der Delta Lloyd Deutschland AG insbesondere das Rechtsrisiko, die Abhängigkeit von Outsourcing-Partnern und der mögliche Katastrophenfall im Fokus.

Das grundsätzlich immer bestehende Rechtsrisiko (Non-Compliance) wird durch die Tätigkeit der juristischen Abteilung und das Compliance Office reduziert. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden fortlaufend überwacht. Insbesondere prüfen der Geldwäschebeauftragte, der Datenschutzbeauftragte, der Compliance Officer sowie die Konzernrevision regelmäßig die Einhaltung einschlägiger Vorschriften.

Prozesse mit einem nachhaltigen Risiko gegen die Delta Lloyd Deutschland AG sind nicht anhängig. Durch das Urteil des EuGH vom 19.12.2013 bezüglich der Widerrufsfrist des § 5a VVG a.F. könnten mögliche Ansprüche der Kunden gegenüber allen deutschen Lebensversicherungsunternehmen entstehen. Hierbei bleibt abzuwarten wie der BGH die diversen anhängigen Fälle entscheiden wird,



jedoch sieht der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) derzeit keine Veranlassung Rückstellungen für diese möglichen Risiken zu bilden.

#### *Solvency II*

Bereits Ende 2012 wurde seitens der Vertreter der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) sowie seitens Vertretern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine mögliche Verschiebung des Inkrafttretens der Richtlinie 2009/138/EG (Solvency II) aufgeworfen. Im Omnibus II-Trilog wurde am 13. November 2013 schließlich Klarheit geschaffen und ein neuer Zeitplan fixiert. Demnach ist Solvency II bis zum 31. März 2015 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Die Anwendung dieser risikoorientierten Solvenzregelungen wird zum 1. Januar 2016 erfolgen.

Als Reaktion auf die Niedrigzinsphase können Unternehmen hierbei, nach Genehmigung der Aufsicht, statt der Solvency II Zinsstrukturkurve eine Übergangslösung mit einer Laufzeit von 16 Jahren für den Bestand wählen.

Aufgrund dieser zweijährigen Verschiebung wird ein mögliches Auseinanderdriften nationaler Regulierungen befürchtet. Um dies zu verhindern hat EIOPA im August dieses Jahres bereits aufsichtsrechtliche Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II (Intermediate Measures) veröffentlicht, in denen sie bereits ab dem 1. Januar 2014 eine europaweite Umsetzung von wesentlichen Teilbereichen aus der Säule II vorschlägt. Dies betrifft die Bereiche FLAOR (Forward-Looking Assessment of Own Risk- früher ORSA „Own Risk and Solvency Assessment“) sowie Governance-Anforderungen. Ebenso werden Regelungen zur Vorantragsphase für Interne Modelle umfasst.

Am 20.12.2013 hat die BaFin auf ihrer Internetseite verlautbart, diesen Vorschlägen vollumfänglich nachzukommen.

Im Zuge dieser Vorbereitungsphase auf Solvency II will die BaFin auch sicherstellen, dass Lebensversicherer die Kapitalanforderungen nach Solvency II zum Inkrafttreten des neuen Aufsichtssystems (1. Januar 2016) voll umfassend erfüllen können. Zu diesem Zweck ist geplant, im Sommer 2014 eine quantitative Vollerhebung bei den deutschen Lebensversicherungsunternehmen durchzuführen.

Diese soll eine Bestandsaufnahme der Solvenzausstattung nach Säule I und eine Analyse der Wirkungsweisen einzelner von der Aufsichtsbehörde definierter Stabilisierungsmaßnahmen umfassen.

Ausgehend von der ursprünglich bereits zum 01. Januar 2013 anvisierten Inkraftsetzung der neuen Solvenzregelungen wurde in der Gesellschaft zur erfolgreichen Umsetzung bereits 2011 ein internes Projekt aufgesetzt und ein Projektteam etabliert. An der Umsetzung der im Projektplan definierten Meilensteine wurde im Berichtsjahr planmäßig gearbeitet; das erforderliche Know-how zur Implementierung der Anforderungen des neuen Aufsichtsregimes wurde weiter ausgebaut.

Im Hinblick auf die veröffentlichten aufsichtsrechtlichen Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II wird der Projektplan 2014 entsprechend modifiziert. Aufgrund der engen Einbindung der Gesellschaft in die Solvency II Prozesse der niederländischen Muttergesellschaft, Delta Lloyd N.V., Amsterdam, sind bereits einige der in den Leitlinien genannten Maßnahmen – insbesondere der Säule II - im Berichtsjahr intensiv vorangetrieben worden. Mit den Implementierungsaktivitäten wird 2014 weiter fortgefahren.

#### *Insourcing Front und Back Office*

Die Delta Lloyd Deutschland AG hatte die Kapitalanlageverwaltung bis Mitte des Berichtsjahres an die KAS Investment Servicing GmbH (KIS) ausgelagert. Der mit der Delta Lloyd Deutschland AG (für die Delta Lloyd Lebensversicherung AG) geschlossene Funktionsausgliederungsvertrag, der die Übernahme der Kapitalanlagebuchhaltung durch die KIS vorsah, wurde aus strategischen Gründen fristgerecht zum 30.06.2013 gekündigt. Der neben diesem Vertrag bestehende Dienstleistungsvertrag über die Kapitalanlage zwischen der KIS und der Delta Lloyd Asset Management N.V., Amsterdam, verlor zu gleichem Datum seine Wirkung.

Zum 01.07.2013 erfolgte für die Tätigkeiten des Front- und des Backoffices eine Wiedereingliederung in die Delta Lloyd Lebensversicherung. Zur Abwicklung der Kapitalanlagebuchhaltung und -verwaltung wurde eine Softwarelösung erworben und implementiert sowie Prozesse definiert. Bezüglich der Kapitalanlage werden Entscheidungen durch das wiedereingegliederte Front Office getroffen. Die zuvor als Asset Manager agierende Delta Lloyd Asset Management N.V. nimmt hierbei eine Beratungsfunktion wahr.

Die Wiedereingliederung der beiden Bereiche erfolgte unter Beachtung der in dem Rundschreiben 3/2009 (VA) geforderten Funktionstrennungsaspekten.

### **Sonstige Risiken**

Zu den sonstigen Risiken gehören das strategische Risiko und das Kostenrisiko.

Das strategische Risiko liegt im Wesentlichen in der Veränderung der Marktsituation verbunden mit negativen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Ein wesentlicher Kernpunkt zur Begegnung dieser Risiken ist die mittelfristige Strategie der Delta Lloyd Deutschland AG. Aus diesem Grund analysiert der Konzern regelmäßig sein deutsches Marktumfeld und erstellt darauf aufbauend die Mehrjahresplanung. Nach Auswertung der Analysen hat der Konzern 2010 entschieden das Neugeschäft für die Lebensversicherungsgesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG einzustellen. Die Umstrukturierung und der damit verbundene Personalabbau wurden bis Ende 2011 abgeschlossen.

Am 30.09.2011 wurde zwischen Nomura und Delta Lloyd N.V. ein Kaufvertrag über das Deutschlandgeschäft geschlossen. Die Transaktion sollte – vorbehaltlich der Zustimmung der Versicherungsaufsicht und der Kartellbehörde - in der zweiten Jahreshälfte 2012 abgeschlossen werden. Am 23.11.2012 gab die Delta Lloyd N.V. bekannt, dass sie die Aktivitäten zum Verkauf des Deutschlandgeschäfts an Nomura beendet hat und Geschäft in Deutschland zunächst unverändert fortführen wird. Die Suche nach strategischen Optionen für die Gesellschaften wird weiterhin fortgesetzt.

Das Kostenrisiko bei einem Lebensversicherer mit der strategischen Ausrichtung „Going concern mit Abwicklung der Versicherungsbestände“ ist bedingt durch den abnehmenden Kapitalanlagebestand und der fälligen bzw. gekündigten Versicherungsverträge fortlaufend zu überwachen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird die Kostenstruktur der Delta Lloyd Deutschland AG an die Bestandsentwicklung angepasst.

### **Zusammenfassung der Risikolage**

Wesentliche Änderungen zum Vorjahr

Bei den *finanziellen Risiken* wurde in Übereinstimmung mit der verfolgten Kapitalanlagestrategie weiterhin kein Aktienrisiko eingegangen. Ebenso wurde durch Reduzierung des Immobilieninvestments eine wesentliche Senkung des Immobilienkursrisikos erreicht.

Erstmalig wurde im Berichtsjahr das Wiederanlagerisiko im Rahmen der Risikoinventur als für die Gesellschaft relevant eingestuft, da aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase das Risiko besteht, in Investments mit zu geringem Zins zu investieren.

Im Rahmen der *operationellen Risiken* konnte aufgrund des Insourcing der Kapitalanlagenbuchhaltung sowie des Asset Managements das zuvor gebundene Risikokapital in der zweiten Hälfte des Jahres anderen Risikokategorien bereitgestellt werden.

Zusammenfassend sehen wir, unter Berücksichtigung der von uns ergriffenen Maßnahmen, derzeit keine Entwicklung, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Insbesondere im Hinblick auf die derzeitige Niedrigzinsphase, wird der Mehrjahresplanung hohe Bedeutung beigemessen. Sowohl in der Kapitalanlage als auch hinsichtlich weiterer Kostenoptimierung wird die Gesellschaft vorausschauend ausgerichtet, um die langfristige Erfüllbarkeit der gegenüber Versicherungsnehmern zugesagten Garantien zu gewährleisten.

Die beschriebenen Kontrollmechanismen und Instrumente gemäß MaRisk VA tragen in ihrer Gesamtheit dazu bei, dass die Delta Lloyd Deutschland AG über ein wirksames Risikomanagement verfügt, welches bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkennen und die notwendigen Gegenmaßnahmen veranlassen kann.

### **Vorgänge nach dem Geschäftsjahresende**

Es gab keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Geschäftsjahresende.

## **Ausblick**

### **Wirtschaftliche Entwicklung**

Nach der Abkühlung des globalen Weltwirtschaftswachstums auf voraussichtlich 2,9 Prozent für das Geschäftsjahr 2013 erwarten wir für das Jahr 2014 positive Impulse für das Wachstum. Nach vorsichtigen Schätzungen erwarten wir einen Anstieg zum Vorjahr von 3,5 Prozent bis 3,7 Prozent. Dabei wird die verbesserte Wachstumsdynamik durch einen parallelen Anstieg der Wirtschaftsleistung der Industriestaaten und Schwellenländer getragen. So erwarten wir einen positiven Beitrag zum Wachstum der USA für 2014 von 2,6 Prozent bis 2,8 Prozent sowie einen Anstieg des Wachstums des Euroraums in der Spannweite zwischen 0,7 Prozent bis 1,0 Prozent (Vorjahr: voraussichtlich - 0,4 Prozent). Die eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen in vielen EU-Ländern, die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder z. B. durch die Senkung der Lohnstückkosten sowie die Liquiditätsversorgung durch die Europäische Zentralbank werden das Wachstum im Euroraum unterstützen. Aber auch die BRIC Staaten werden 2014 einen positiven Beitrag zu einer Steigerung des weltweiten Wirtschaftswachstums beitragen. Nachdem sich diese Staaten voraussichtlich um rund 5,7 Prozent in 2013 verbessert haben, ist für 2014 ein Wachstum von 5,8 Prozent bis 6,0 Prozent zu erwarten.

Nachdem Deutschland bereits in den Jahren 2012 und 2013 für den Euro-Raum die Wachstumslokomotive war, gehen wir für 2014 davon aus, dass es in dieser Rolle keine Änderung geben wird. Nach einem Anstieg von voraussichtlich 0,5 Prozent erwarten wir ein Wachstum von 1,5 Prozent bis 1,7 Prozent für 2014. Zu diesem Anstieg tragen insbesondere die starke deutsche Binnennachfrage, aber auch der Anteil am weltweiten Außenhandel Deutschlands bei, der in der Summe mit wachsender Weltkonjunktur zunehmen wird. Aber auch Länder wie Italien und Spanien werden nach 2 Jahren mit negativem Wachstum mit jeweils 0,7 Prozent voraussichtlich einen positiven Beitrag zum Wachstum des Euroraums beitragen.

Die FED hat angekündigt, ab Januar 2014 das Tapering von 85 Mrd. Dollar auf 75 Mrd. Dollar pro Monat zurückzufahren und damit die Normalisierung der Geldpolitik einzuleiten. Die Europäische Zentralbank wird voraussichtlich bei ihrer ultra expansiven Politik bleiben. Wie die Zinssenkung im 4. Quartal 2013 zeigt, wird sie alles unternehmen, um die Krise in Europa zu entspannen. Es ist von den Zentralbanken für 2014 nicht mit einer Zinserhöhung zu rechnen.

Auf Grund der positiven Erwartungen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2014 sowie der Entspannung in den Krisenländern Spanien und Portugal, die wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben und Irland, das nach einer erfolgreichen Staatshaushaltssanierung den Austritt aus dem Rettungsschirm für 2014 vorbereitet, sehen wir ein moderates Anstiegspotential für die Renten. Bei 10jährigen Bundesanleihen rechnen wir für 2014 mit einem moderaten Anstieg auf einen Zins von 2,4 Prozent bis 2,5 Prozent im Laufe des Jahres. Den DAX sehen wir für das kommende Jahr wieder ansteigen, allerdings nicht in dem Ausmaß der letzten beiden Jahre. Wir sehen den DAX über 10.000 Punkten in einer Spannweite zwischen 10.000 bis 10.500 Punkten. Der Anstieg lässt sich mit den verbesserten Konjunkturaussichten, der Stabilisierung der Euro-Zone, zu erwartenden steigenden Unternehmensgewinnen aber auch auf den Mangel an Alternativen im Anleihenbereich begründen.

### **Lebensversicherungsmarkt**

Die zu erwartende Politik der Europäischen Zentralbank, die Zinsen auf niedrigem Niveau zur Unterstützung der Sanierung der Staatshaushalte vieler Euro-Staaten zu halten, wird weiterhin Einfluss auf die deutsche Lebensversicherungsbranche haben.

Nach bisher vorliegenden Informationen ist es branchenweit für das Jahr 2014 zu einer Herabsenkung der Überschussbeteiligung gekommen. Dies wie auch die Realisierung stiller Reserven im Kapitalanlagebestand sind wichtige Möglichkeiten zur Finanzierung der Aufwendungen aus der Zuführung zur Zinszusatzreserve. Wegen der niedrigen Zinsen wird die Zinszusatzreserve voraussichtlich in 2014 weiterhin ansteigen.

Für das kommende Jahr erwarten wir eine stabile Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge. Wir sehen hier insbesondere bei den Einmalbeiträgen eine gewisse Volatilität in der Entwicklung, die auch in Abhängigkeit von den niedrigen Zinsen steht. Steigende Zinsen erhöhen die Investment-Alternativen zu Einmalbeiträgen in Kapitalisierungsgeschäften.

Die Scharfschaltung von Solvency II auf den 01. Januar 2016, die durch die Einigung in den Triloggesprächen auf Europäischer Ebene möglich war, wird zu verstärkten Anstrengungen zur Umsetzung in der gesamten Versicherungsbranche führen. Die Einigung wurde unter anderem auch deshalb möglich, weil die Abbildung der Garantien für die Lebensversicherungsverträge einvernehmlich geregelt werden konnte, indem eine relativ lange Übergangsfrist von 16 Jahren die Belastungen für die deutschen Lebensversicherungsunternehmen entschärft hat. Auch im Geschäftsjahr 2014 werden bereits Reportings an die BaFin zu erstellen sein. Die BaFin fordert eindringlich, alle Anstrengungen für eine Umsetzung in Gang zu setzen. Eine weitere Herausforderung für die Branche wird auch der Termin 01. Februar 2014 sein, zu dem SEPA final eingeführt wird. Inwieweit die neue Bundesregierung Maßnahmen ergreifen wird, um die Beteiligung der ausscheidenden Versicherungsnehmer an stillen Reserven auf festverzinsliche Wertpapiere einzuschränken, bleibt abzuwarten.

## **Delta Lloyd Deutschland AG**

Im Rahmen unseres aktiven Run-off Lebensversicherungsgeschäftes steht die Optimierung von Verwaltungsprozessen im Fokus unserer Aktivitäten. Für unsere Kunden und für die Verträge mit den Versicherungsnehmern wird sich nichts ändern. Diese werden unverändert weiterlaufen und in gewohnter Weise von unseren Mitarbeitern betreut werden. Den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern werden wir auch weiterhin nachkommen. Änderungen an Verträgen ergaben sich ausschließlich auf Grund gesetzlicher Änderungen. Hier ist im Vorjahr insbesondere auf die SEPA-Umstellung hinzuweisen.

Die Kosten unserer Gesellschaft versuchen wir über die Optimierungsprozesse zu verschlanken. Die laufende Verzinsung (Garantiezins zuzüglich Zinsgewinn) haben wir auf Vorjahresniveau belassen. Dies ist insbesondere auf die durch die Europäische Zentralbank künstlich niedrig gehaltenen Zinsen zurückzuführen.

Als Holdinggesellschaft insbesondere von Lebensversicherungsunternehmen im Run-off planen wir unsere Beiträge für das kommende Geschäftsjahr vorsichtig unter Berücksichtigung konservativer Stornoannahmen. Hierin findet die negative Presse über die Versicherungsbranche ebenso Berücksichtigung wie die Urteile oberster Gerichte. Hier zu erwähnen ist unter anderem das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19.12.2013, in dem der EuGH zu der in § 5a Abs. 2 VVG a.F. verankerten Ausschlussfrist für das sogenannte Policenmodell Stellung nimmt. Der EuGH verweist dieses Thema zurück an den BGH. Gemäß dieser vorsichtigen Kalkulation erwarten wir gebuchte Bruttobeiträge von rund 238 Mio. Euro für 2014 für unsere Lebensversicherungsunternehmen.

Die große Herausforderung unserer Lebensversicherungsunternehmen für 2014 liegt in der Anlage freiwerdender Mittel in Wertpapiere, die von den Zinserträgen in der Lage sind, die Garantien zu verdienen und die Zinszusatzreserve zu finanzieren. Um dies zu erreichen, wird auch bei leicht steigenden Zinsen das Risiko von Investitionen niedriger gerateter Wertpapiere im Investmentranking erforderlich sein. Dadurch wird vermutlich das Gesamtrating des Portfolios zurückgehen. Zudem müssen Neuanlagen auch auf die Auswirkungen in Bezug auf das SCR unter Solvency II untersucht werden. Mit der Neuanlage von Kapitalanlagen werden somit komplexe Herausforderungen angesprochen.

Nachdem der Startzeitpunkt für den Beginn von Solvency II mit Januar 2016 festgelegt ist, werden wir die Planung aktualisieren und die bereits eingeleiteten Maßnahmen vertiefend umsetzen. Wir sind uns bewusst, dass Solvency II ein wichtiges Projekt ist, das in den nächsten zwei Jahren weitere erhebliche Kapazitäten in Anspruch nehmen wird und in die entsprechenden Abteilungen zur Umsetzung zu überführen ist. Die zeit- und kosteneffiziente Umsetzung dieses Projektes wird eine der großen Herausforderungen für 2014 darstellen, zumal auch bereits im Jahr 2014 Meldungen an die BaFin zu erwarten sind.

Chancen für die Delta Lloyd Deutschland AG sehen wir in 2014 in der Möglichkeit, Verwaltungsprozesse kosteneffizient zu optimieren. Zudem sehen wir die Chance, freiwerdende liquide Mittel durch Abläufe von Wertpapieren bei steigenden Zinsen unter Einbeziehung der Auswirkungen einer Kaufentscheidung für das SCR nach Solvency II zielgerichteter im Rahmen der Anlagevorschriften investieren zu können.

Als Chance sehen wir auch die Verschmelzung der Hamburger Lebensversicherung AG und der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH auf die Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Das Anlagemanagement verwaltet und managt sowohl die Hypotheken als auch die Grundstücke der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften. Eine Verschmelzung bietet insbesondere in Bezug auf Kostenoptimierung wesentliche Vorteile. Diese Verschmelzung wie auch die Verschmelzung der

Hamburger Lebensversicherung AG und möglicherweise auch der Delta Lloyd Pensionskasse AG sind Ziele, die wir uns für 2014 gesetzt haben. Die Verschmelzung der Hamburger Lebensversicherung bietet Vorteile in Bezug auf die Kostenoptimierung aber auch in Bezug auf Kapitalanlagemöglichkeiten. Ob die Delta Lloyd Pensionskasse 2014 verschmolzen wird, hängt auch von der Komplexität der Verschmelzung der beiden anderen Gesellschaften auf die Delta Lloyd Lebensversicherung ab. Diese Verschmelzungen bedürfen einer intensiven und guten Vorbereitung. Verschmelzungen auf Lebensversicherungen sind von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) zu genehmigen. Zudem erwägt die Delta Lloyd Deutschland AG, die Wiesbaden Real Estate GmbH, eine in Deutschland ansässige Tochtergesellschaft der Delta Lloyd N.V., Amsterdam zu erwerben und auf unsere Gesellschaft zu verschmelzen. Auch dies dient der Vereinfachung von Prozessen und Abläufen sowie der Kosteneffizienz.

### **Beziehungen zu verbundenen Unternehmen**

Die Delta Lloyd Deutschland AG hielt am Bilanzstichtag die Mehrheit am Grundkapital der Delta Lloyd Lebensversicherung AG, der Hamburger Lebensversicherung AG, der Delta Lloyd Pensionskasse AG, der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH und der Delta Lloyd Real Estate Management Company S.à. r.l., Luxembourg.

Alleinige Gesellschafterin der Delta Lloyd Deutschland AG ist die Delta Lloyd N.V., Amsterdam. Der Tatbestand der Mehrheitsbeteiligung wurde der Gesellschaft nach den Vorschriften des Aktiengesetzes mitgeteilt.

Den nach § 312 AktG vorgeschriebenen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir erstellt. Am Schluss des Berichtes heißt es: „Nach Prüfung unserer Bücher, Akten und sonstigen Unterlagen sowie nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, erklären wir, dass die Delta Lloyd Deutschland AG im Berichtsjahr bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die durch die Delta Lloyd N.V., Amsterdam veranlasste Einstellung des Neugeschäfts stellt einen Nachteil für die Gesellschaft dar. Hierfür besteht gem. §§ 312 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit 311 AktG keine Ausgleichspflicht, da der Vorstand auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens von der Verhaltensweise eines gewissenhaften und ordentlichen Kaufmann im Sinne des § 317 Abs. 2 AktG nicht abgewichen ist.“

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Christof W. Göldi

Heinz-Jürgen Roppertz

# Jahresabschluss

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite	2013 EUR	2012 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Finanzanlagen</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	80.907.865	86.207.865
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	8.800.000	10.900.000
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	160.000	188.000
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>89.867.865</b>	<b>97.295.865</b>
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>89.867.865</b>	<b>97.295.865</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.114	15.949
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	21.481.551	10.725.561
davon: mit einer Restlaufzeit		
bis zu einem Jahr	21.481.551 EUR	
	( Vj. 10.725.561 EUR)	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.672.716	2.905.195
davon: mit einer Restlaufzeit		
bis zu einem Jahr	705.915 EUR	
	( Vj. 875.217 EUR)	
<b>Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>24.160.381</b>	<b>13.646.705</b>
<b>II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>	282.587	88.259
<b>Summe Umlaufvermögen</b>	<b>24.442.968</b>	<b>13.734.964</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	13.480	14.840
<b>Summe Aktiva</b>	<b><u>114.324.313</u></b>	<b><u>111.045.670</u></b>

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

<b>Passivseite</b>	<b>2013 EUR</b>	<b>2012 EUR</b>
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	80.000.000	80.000.000
II. Kapitalrücklage	33.795.581	33.795.581
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	353.500	353.500
4. andere Gewinnrücklagen	273	273
IV. Bilanzverlust	90.449.552	103.271.743
davon: Verlustvortrag		
	103.271.743 EUR (Vj. 91.878.986 EUR)	
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>23.699.802</b>	<b>10.877.611</b>
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.528.773	2.532.586
2. Steuerrückstellungen	0	150.000
3. Sonstige Rückstellungen	2.387.889	3.736.389
<b>Summe Rückstellungen</b>	<b>4.916.662</b>	<b>6.418.975</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	411.764	316.339
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	85.224.013	93.308.791
davon: mit einer Restlaufzeit		
von mehr als einem Jahr	13.400.000 EUR (Vj. 20.900.000 EUR)	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	70.669	119.592
davon: aus Steuern	70.669 EUR (Vj. 109.090 EUR)	
davon: im Rahmen der sozialen Sicher	0 EUR ( Vj. 0 EUR)	
<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>85.706.446</b>	<b>93.744.722</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.403	4.362
<b>Summe Passiva</b>	<b>114.324.313</b>	<b>111.045.670</b>

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

## Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Delta Lloyd Deutschland AG		2013 EUR	2012 EUR
1.	Umsatzerlöse	1.674.909	2.019.370
2.	Sonstige betriebliche Erträge	142.193	158.243
3.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	936.585	584.382
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	215.857	127.449
	davon: für Altersversorgung	211.237 EUR ( Vj. 113.434 EUR)	
	Summe Personalaufwand	1.152.441	711.831
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.342.359	4.890.995
5.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	2.940.587	1.341.326
6.	Erträge aus Beteiligungen	20.641.566	10.299.376
	davon: aus verbundenen Unternehmen	20.641.566 EUR ( Vj. 10.299.376 EUR)	
7.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	23.093	26.460
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	907.236	1.290.338
	davon: aus verbundenen Unternehmen	889.952 EUR ( Vj. 724.167 EUR)	
	aus der Abzinsung von Rückstellungen	44.336 EUR ( Vj. 0 EUR)	
9.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Anlagevermögens	7.428.000	18.789.830
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.732.344	2.831.805
	davon: an verbundenen Unternehmen	2.612.724 EUR ( Vj. 2.639.696 EUR)	
	davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	0,00 EUR ( Vj. 26.534 EUR)	
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<b>12.674.438</b>	<b>-12.089.348</b>
12.	außerordentliche Aufwendungen	44.475	44.475
13.	außerordentliches Ergebnis	<b>44.475</b>	<b>44.475</b>
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-186.650	-741.460
15.	Sonstige Steuern	5.578	394
<b>16.</b>	<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>12.822.191</b>	<b>-11.392.757</b>
17.	Verlustvortrag	103.271.743	91.878.986
<b>18.</b>	<b>Bilanzverlust</b>	<b>-90.449.552</b>	<b>-103.271.743</b>

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.



## Anhang

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Angaben im Geschäftsbericht und Anhang erfolgen generell auf volle Euro. Mögliche Rundungsdifferenzen werden billigend in Kauf genommen.

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie nach den geltenden Vorschriften des Aktiengesetzes aufgestellt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB bewertet. Die Wertpapiere wurden zu Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag bilanziert. Zuschreibungen erfolgen nur dann, wenn der Grund für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung nicht mehr vorliegt.

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach den Vorschriften des §253 Abs. 3 HGB bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bilanziert. Die weiteren Aktivwerte sind mit Nominalbeträgen angesetzt.

Forderungen aus Körperschaftssteuer Anrechnungsguthaben gemäß § 37 KStG wurden zum Barwert bilanziert.

Aufgrund des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 HGB, wurde auf den Ansatz aktiver latenter Steuern verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzins in Höhe von 4,9 Prozent (4,88 Prozent Bundesbank) abgezinst, der sich bei einer angenommenen Laufzeit von 15 Jahren ergibt. Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Es wurden ein Rententrend von 1,0 Prozent bzw. 2,0 Prozent und ein Einkommenstrend von 0 Prozent der Berechnung zu Grunde gelegt. Die Bewertung der Verpflichtung wurde nach dem „Projected Unit Credit“ Verfahren durchgeführt. Bewertet werden die zukünftigen abgezinsten Leistungen soweit sie zum Bewertungsstichtag verdient sind.

Nach § 246 Abs. 2 HGB wurden das zum beizulegenden Zeitwert bewertete Deckungsvermögen, das ausschließlich der Erfüllung von Pensionsrückstellungen dient, mit diesen verrechnet. Entsprechend gilt dies für die aus den Vermögensgegenständen und den Schulden erwachsenden Aufwendungen und Erträgen. Dieses Deckungsvermögen besteht aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen. Die Höhe der Rückdeckungsversicherung wurde dabei gemäß der Vorschriften über wertpapiergebundenen Zusagen der korrespondierenden Altersversorgungsverpflichtungen zugeschrieben.

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Durch die Bewertungsmethode nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde das Wahlrecht der Verteilung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre ausgeübt.

Die Umbewertungen im Geschäftsjahr aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) führten zu folgenden Korrekturposten:

<u>Position</u>	<u>EUR</u>
Außerordentlicher Aufwand	44.475

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

## Erläuterungen zur Jahresbilanz

### Aktiva

#### Zu A. Anlagevermögen I. Finanzanlagen

Entwicklung des Aktivpostens A im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr	
	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
<b>I. Finanzanlagen</b>									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	86.208	88,60	2.100	-	-	-	7.400	80.908	90,03
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	10.900	11,20	-	-	-2.100	-	-	8.800	9,79
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	188	0,19	-	-	-	-	28	160	0,18
<b>Summe I.</b>	<b>97.296</b>	<b>100,00</b>	<b>2.100</b>	<b>-</b>	<b>2.100</b>	<b>-</b>	<b>7.428</b>	<b>89.868</b>	<b>100,00</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>97.296</b>	<b>100,00</b>	<b>2.100</b>	<b>-</b>	<b>2.100</b>	<b>-</b>	<b>7.428</b>	<b>89.868</b>	<b>100,00</b>

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten

#### 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen des Anlagevermögens waren Abschreibungen in Höhe von 7.400 TEUR erforderlich, da wir nach einer durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung der Beteiligungsbuchwerte von einer dauerhaften Wertminderung ausgehen.

Name und Sitz	Anteil	Ergebnis	Eigen- kapital
	%	TEUR	TEUR
Delta Lloyd Lebensversicherung AG, Wiesbaden	100,00	15.154,8	126.783,5
Hamburger Lebensversicherung AG, Wiesbaden	100,00	1.866,1	10.026,3
Delta Lloyd Pensionskasse AG, Wiesbaden	100,00	57,3	3.478,5
Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH, Wiesbaden*	100,00	2.940,6	1.281,0
Delta Lloyd Real Estate Management S.à r.l., Luxembourg	100,00	0,9	154,0

\*Ergebnis vor Gewinnabführung

#### 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Im Geschäftsjahr hat die Delta Lloyd Deutschland AG einen Teilbetrag des nachrangigen Darlehens der Hamburger Lebensversicherung AG in Höhe von 2.100 TEUR in Eigenkapital als freie Kapitalrücklage gemäß §272 Abs. 2 Nr. 4 HGB der Hamburger Lebensversicherung AG umgewandelt.

#### 3. Wertpapiere des Anlagevermögens

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens waren Abschreibungen in Höhe von 28.000 Euro erforderlich, da wir von einer dauerhaften Wertminderung ausgehen.

Art des Fonds/Anlageziel	Buchwert 31.12.13 EUR	Marktwert 31.12.13 EUR	Differenz EUR	Ausschüttung 2013 EUR
Steubing Aktien	160.000	160.000	0	23.093

#### Zu B. Umlaufvermögen

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen ist eine Forderung aus dem Gewinnabführungsvertrag in Höhe von 941 TEUR der Delta Lloyd Anlagenmanagement GmbH ausgewiesen sowie eine Forderung aus Beteiligungen von 20.085 TEUR aus Dividendenzahlung der Delta Lloyd Lebensversicherung AG.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 2.673 TEUR (Vj. 2.905 TEUR). 706 TEUR (Vj. 875 TEUR) hiervon beziehen sich auf Forderungen an das Finanzamt.

#### Zu C. Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält voraus gezahlte Pensionen.

## Passiva

### Zu A. Eigenkapital I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 80.000.000 Euro. Es ist eingeteilt in 80.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien.

### Zu A. II. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beträgt wie im Vorjahr 33.795.581 Euro.

### Zu A. III. Gewinnrücklagen

Die gesetzliche Rücklage beträgt wie im Vorjahr 353.500 Euro.

Die anderen Gewinnrücklagen betragen wie im Vorjahr 273 Euro.

### Zu A. IV. Bilanzverlust

Der Bilanzverlust beträgt 90.449.552 Euro (Vj. 103.271.743) Euro und wird auf neue Rechnung vorgetragen.

### Zu B. 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Nach § 246 Abs. 2 HGB wurde das zum beizulegenden Zeitwert bewertete Deckungsvermögen, das ausschließlich der Erfüllung von Pensionsrückstellungen dient, mit diesen verrechnet. Entsprechend gilt dies für die aus den Vermögensgegenständen und den Schulden erwachsenden Aufwendungen und Erträgen. Dieses Deckungsvermögen besteht aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen. Die Höhe der Rückdeckungsversicherung wurde dabei gemäß der Vorschriften über wertpapiergebundenen Zusagen der korrespondierenden Altersversorgungsverpflichtungen zugeschrieben.

Die Entwicklung dieser Posten stellt sich wie folgt dar:

Posten	31.12.2012	Zugang	Abgang	Übertragung	31.12.2013
Deckungsvermögen	1.017.291	29.405	2.554	0	1.044.142
Durch Rückdeckungsversicherung finanzierte Pensionsrückstellungen	1.017.291	29.405	2.554	0	1.044.142
Saldo	0	0	0	0	0

Der Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen entspricht dem versicherungsmathematischen Aktivwert der historischen Anschaffungskosten.

Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen beträgt im Geschäftsjahr 3.572.915 Euro.

Den Aufwendungen für rückgedeckte Pensionsrückstellungen in Höhe von 29.405 Euro standen Erträge in gleicher Höhe aus dem Aktivwert gegenüber.

Aufgrund der geänderten Bewertungsmethode nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde das Wahlrecht der Verteilung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf die nächsten 15 Jahre ausgeübt. Danach ergibt sich ein jährlicher Zuführungsbetrag in Höhe von mindestens 44.475 Euro.

Der im Geschäftsjahr 2013 noch nicht erfasste Unterschiedsbetrag in Höhe von 450.044 Euro wird in den folgenden Jahren bis zum 31. Dezember 2024 zugeführt.

### **Zu B. 3. Sonstige Rückstellungen**

Es handelt sich um Rückstellungen für:

VTK Versicherung	605.197
Kosten des Jahresabschlusses	464.894
Aktienoptionsprogramm	401.246
Vorstandsbezüge	305.520
Abfindung ohne Sozialplan	210.623
Aufbewahrung und Archivierung	196.349
Lieferantenrechnungen	137.060
Übrige Verpflichtungen	<u>67.000</u>
Gesamtsumme	<u><u>2.387.889</u></u>

Die Delta Lloyd Deutschland AG rechnet Aufwendungen für zentrale Dienste für die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG ab. Die nicht auf die Delta Lloyd Deutschland AG entfallenen Kosten wurden im Rahmen der Kostenverrechnung auf die einzelnen Gesellschaften verteilt und es wurden zentral Rückstellungen gebildet (zum Beispiel für Aufbewahrung und Archivierung oder Kosten des Jahresabschlusses).

### **Zu C. Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten betreffen mit 85.224.013 Euro (Vj. 93.308.791 Euro) Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen in Form von noch nicht ausgeglichenen Verrechnungskonten (36.644.962 Euro) und Darlehensverbindlichkeiten (48.579.051 Euro). Von diesem Betrag betreffen 7.000.000 Euro nachrangige Verbindlichkeiten gegenüber der Delta Lloyd N.V., Amsterdam. Alle sonstigen Verbindlichkeiten aus Verrechnungskonten sind innerhalb eines Jahres fällig.

### **Latente Steuern**

Zum 31. Dezember 2013 errechnet sich eine künftige Steuerentlastung bei Pensionsrückstellungen in Höhe von 171.924 Euro aufgrund höherer Wertansätze in der Handelsbilanz. Somit ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Aktivüberhang. Bei der Berechnung legen wir einen Steuersatz von 30 Prozent zugrunde. Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, ist daher kein Bilanzposten aufzunehmen.

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### **Zu 1. Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse resultieren aus der von verbundenen Unternehmen entrichteten Konzernumlage für erbrachte Dienstleistungen und betreffen im Wesentlichen die Delta Lloyd Lebensversicherung AG (1.625.114 Euro), die Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH (19.899 Euro), die Delta Lloyd Pensionskasse AG (19.899 Euro) und die DL Real Estate Management S.à r.l., Luxembourg (9.996 Euro).

### **Zu 5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen**

Diese Erträge betreffen ausschließlich 2.940.587 Euro aus dem im Geschäftsjahr abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag mit der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH.

### **Zu 6. Erträge aus Beteiligungen**

In den Erträgen sind 20.084.826 Euro aus Dividenden der Delta Lloyd Lebensversicherung AG und 565.017 Euro aus der Ausschüttung des Gewinnvortrages der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH sowie 915 Euro aus Dividenden der Delta Lloyd Real Estate Management S.à. r.l., Luxembourg enthalten. Es folgte im Geschäftsjahr eine Rückzahlung der von der Delta Lloyd Real Estate Management S.à. r.l., Luxembourg gezahlten Dividende für Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 9.193 Euro.

### **Zu 8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge betreffen im Wesentlichen Zinsen aus gewährten Darlehen an verbundene Unternehmen in Höhe von 889.952 Euro.

### **Zu 9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Anlagevermögens**

Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert wurden in Höhe von 7.400.000 Euro (davon 4.000.000 Euro DLL AG, 2.100.000 Euro HLV AG und 1.300.000 Euro DLPK AG) auf Anteile an verbundenen Unternehmen und in Höhe von 28.000 Euro auf Wertpapiere des Anlagevermögens durchgeführt, da von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist.

### **Zu 10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

An Zinsen und ähnlichen Aufwendungen wurden 2.732.344 Euro in Rechnung gestellt, davon an verbundenen Unternehmen 2.612.724 Euro.

### **Zu 12. Außerordentliche Aufwendungen**

Außerordentliche Aufwendungen entstanden im Geschäftsjahr durch die ratierliche Zuführung des Unterschiedsbetrages aus der Neubewertung von Pensionsrückstellungen aufgrund der Erstanwendung des BilMoG gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB.

### **Zu 14. Steuern vom Einkommen und Ertrag**

Bei dem Betrag in Höhe von 186.650 Euro handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung der Steuerrückstellung in Höhe von 150.000 Euro und Erstattungen von zu viel gezahlten Körperschaftsteuern aus den Vorjahren in Höhe von 36.650 Euro .

## Sonstige Angaben

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen/Haftungsverhältnisse

Es bestanden 9.465 Euro Verpflichtungen aus Kfz-Leasingverträgen. Weiterhin ergaben sich Verpflichtungen in Höhe von 132.804 Euro aus Outsourcingverträgen und 125.330 Euro aus Wartungsverträgen. Die Delta Lloyd Deutschland AG hat Vereinbarungen zur Risikoabdeckung mit verbundenen Lebensversicherungsunternehmen abgeschlossen, für die ausreichende Rückstellungen in der Delta Lloyd Deutschland AG gebildet wurden. Wie rechnen mit einer Inanspruchnahme in Höhe von rund 70 Prozent.

### Konzernstruktur

Die Gesellschaft ist eine 100prozentige Tochter der Delta Lloyd N.V., Amsterdam. Für die Delta Lloyd Deutschland AG wird ein Teilkonzernabschluss und Teilkonzernlagebericht erstellt, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Die Delta Lloyd Deutschland AG und ihre Tochterunternehmen werden ebenfalls in den Teilkonzernabschluss und Teilkonzernlagebericht der Delta Lloyd N.V., Amsterdam, einbezogen. Geschäftsberichte sind jeweils am Sitz der Gesellschaft erhältlich.

### Honorar des Abschlussprüfers

Gemäß § 285 Nr. 17 HGB wird die Aufschlüsselung des Gesamthonorars der Abschlussprüfer im Konzernanhang der Delta Lloyd Deutschland AG angegeben.

### Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf Seite 1 dieses Berichtes aufgeführt.

### Gesamtbezüge des Aufsichtsrates / Vorstands, Pensionsverpflichtungen

Für das Kalenderjahr 2013 betragen die Bezüge des Vorstands Fixum (bereits gezahlt):

Göldi	416.529
Roppertz	<u>218.123</u>
	<u><u>634.652</u></u>

Erfolgsbezogen wurde in 2013 gezahlt:

Göldi	158.280
Roppertz	<u>50.493</u>
	<u><u>208.773</u></u>

Aus einem Long Term Incentive Plan stehen Herrn Göldi 126.221 Euro und Herrn Roppertz 39.586 Euro im Geschäftsjahr 2013 zu.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden für verschiedene ausgewählte Mitarbeiter und für die Vorstände eine Rückstellung für das von der Delta Lloyd N.V., Amsterdam ausgegebene virtuelle Aktienoptionsprogramm vorgenommen. Eine Aufteilung auf die einzelnen Tochtergesellschaften ist nicht erforderlich, da es sich um Holding Aufwendungen handelt. Die Gesamtsumme für die Rückstellungen betragen 401.246 Euro. Einzelheiten zu diesen Optionen werden im Geschäftsbericht der Delta Lloyd N.V., Amsterdam offen gelegt.

Es wurden im Geschäftsjahr keine Aufsichtsratsvergütungen bezahlt.

Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats bestanden zum 31.12.2013 nicht.

Für ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen bestehen Pensionsrückstellungen von insgesamt 1.087.040 Euro.

### **Mitarbeiter**

Während des Geschäftjahres waren nur die beiden Vorstände in der Gesellschaft angestellt.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Christof W. Göldi

Heinz-Jürgen Roppertz

## **Ergebnisverwendungsvorschlag**

Der Bilanzverlust beträgt 90.449.552 Euro. Wir schlagen vor, diesen auf neue Rechnung vorzutragen.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Christof W. Göldi

Heinz-Jürgen Roppertz



## **Bericht des Aufsichtsrats**

Wir haben den Jahresabschluss zum 31.12.2013 und den dazugehörigen Lagebericht geprüft. Dem Lagebericht haben wir nichts hinzuzufügen.

Während des Geschäftsjahres haben wir uns - auch außerhalb der turnusmäßigen Sitzungen - durch Berichte des Vorstands laufend über die Geschäftsentwicklung und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. Soweit nach der Geschäftsordnung für den Vorstand für einzelne Maßnahmen der Geschäftsführung die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese jeweils einstimmig erteilt.

Die Prüfung durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung des Prüfers vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Auch gibt nach Auffassung des Prüfers der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Mit diesem Prüfungsergebnis stimmen wir überein.

Nach dem Ergebnis unserer eigenen Prüfung haben wir keine Einwendungen zu erheben. Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Der Abschluss ist hiermit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Vorstand hat uns den Bericht nach § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie den entsprechenden Prüfungsbericht hierzu vorgelegt.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

"Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Diesem Ergebnis schließen wir uns an.

Wiesbaden, den 26. Februar 2014

Für den Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp